

DER BRITISCHE GEWERKSCHAFTSBUND AUF NEUEN WEGEN

Es ist noch gar nicht lange her, daß man in englischen Gewerkschaftskreisen recht verständnislosen Blicken und Fragen begegnete, wenn man vom Kampf ums Mitbestimmungsrecht in Deutschland erzählte. Wohl kaum so wie in England wirkt die Tradition als beharrender Faktor, gegen die sich nur schwer neue Erkenntnisse durchsetzen. Das gilt auch für die Gewerkschaftsbewegung, und gewiß war dabei auch der große Erfolg maßgebend, den die alte Praxis des gewerkschaftlichen Interessenkampfes für die „eine Seite der Industrie“ — wie man hier die Arbeitnehmerschaft nennt — im Laufe der letzten Jahrzehnte errungen hatte.

Obwohl man ja hier weniger vom Klassenkampf in jenen Formen denkt und spricht wie etwa in den unter den marxistischen Vorstellungen groß gewordenen Arbeiterbewegungen, hat man gerade in England dieses Bild von den „zwei Seiten“ bis in die letzten Konsequenzen der gewerkschaftlichen Praxis zur Richtschnur genommen und auch in diesem so wenig der Theorie geneigten Lande doch so etwas wie eine Theorie daraus gemacht. Immer ging man aus von einer klaren Trennung der Interessen und der Funktionen. Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreter saßen sich wie Advokaten an beiden Seiten eines Tisches gegenüber, wenn es Lohnfragen oder Arbeitsbedingungen auszuhandeln galt. Gerade um dieser Position willen — Anwalt einer Partei zu sein — hatte sich bei den Gewerkschaftsfunktionären eine tiefe Abneigung entwickelt, der Unternehmerseite irgend etwas von der Betriebsverantwortung abzunehmen. Die Verantwortung für alle zu treffenden Entscheidungen sollte beim Besitzer bleiben. Die Gewerkschaftsvertreter wollten sich nicht in eine Lage manövrieren lassen, von der aus sie zu einer die Interessen „beider Seiten“ berührenden Kompromißhaltung gezwungen werden könnten. Nicht, daß Kompromisse abgelehnt wurden, aber man wollte lieber an *dem* Hebel bleiben, der den Kompromiß einer mittleren Linie voll und ganz von Seiten der Arbeitnehmerinteressen beeinflußt. Das hatte sich keineswegs geändert, als mit der Labourregierung die ersten nationalisierten Industriezweige geschaffen wurden, in deren Leitung ja auch Männer berufen wurden, die als Funktionäre der Gewerkschaften auf eine lange erfolgreiche Tätigkeit in Betriebsfragen aller Art zurückblicken konnten. Es gab da nun manche Auflockerung in der Beziehung zwischen den „beiden Seiten“, aber es gibt auch nicht einen nationalisierten Betrieb, in dem etwa ein Mitbestimmungsrecht der Belegschaftsvertretung vorgesehen wäre. Wohl gibt es eine ganze Reihe von Einrichtungen, die der Arbeitervertretung eine *beratende* und gewiß manchmal die Entscheidungen beeinflussende Funktion zuweisen, besonders in der Kohlenwirtschaft. Aber das Grundprinzip — der Leitung soll keine Verantwortung abgenommen werden — blieb auch da.

Die Belegschaftsvertretungen haben eine ganze Reihe von Aufgaben, nur eine nicht: Lohnfragen sind nicht ihre Sache. Diese bleiben den zuständigen Gewerkschaften vorbehalten, und so kommt es oft, daß am Verhandlungstisch die Führer von Bergarbeitergewerkschaften Vertretern der Leitung gegenüber sitzen, unter denen auch ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre Platz genommen haben. Einer von diesen hat die Funktion, die etwa dem Arbeitsdirektor in den entflochtenen Betrieben der deutschen Schwerindustrie entspricht. Es versteht sich

von selbst, daß niemand in diesem Platzwechsel etwa ein Zeichen von „Klassenverrat“ sieht, die gegenseitige Vertrautheit und der auf beiden Seiten immer vorhandene gute Wille hat diese Arbeitsteilung gerade in den nationalisierten Betrieben oft recht fruchtbar werden lassen.

Nun sind aber in der industriellen Entwicklung Englands neue Faktoren in Erscheinung getreten — die *Vollbeschäftigung* und die auch von den Konservativen nicht wieder abgeschaffte Planung nach gesamtwirtschaftlichen Interessen, wie sie die Teilung in Binnenkonsum, Außenhandel und Rüstungswirtschaft vorschreibt. Damit aber wurde zwangsläufig den Gewerkschaftsvertretungen und auch den Belegschaftsvertretungen ein viel weiterer Rahmen ihrer Aufgaben und Verantwortung gegeben als nach den alten Spielregeln, die ja im Grunde immer noch von jener „freien Unternehmerwirtschaft“ ausgingen, die alle Interessen in Konkurrenzinteressen aufteilt. So wurden nun nach und nach weit über 100 Organisationen als Querverbindungen zwischen dem TUC (Trades Union Congress — Gewerkschaftskongreß) einerseits und den Ministerien, Arbeitsämtern, Arbeitgeberorganisationen usw. andererseits geschaffen, um die gewerkschaftliche Mitarbeit bei allen übergeordneten sozialen und politischen Interessen, die die gesamte Volkswirtschaft angehen, voll zur Wirkung kommen zu lassen.

Daraus aber ergab sich nun geradezu zwangsläufig, daß man mit den alten Vorstellungen, die Gewerkschaften dürften nichts mit der Leitung und Mitbestimmung zu tun haben, nicht mehr weiterkam. Die Gewerkschaftsführung begriff sehr bald, daß nun Arbeiter mit Problemen der Leitung und der Mitverantwortung bekanntgemacht werden müßten. Obwohl sich bald herausstellte, wie groß der Mangel an Gewerkschaftern war, die in solchen Aufgaben bewandert waren, dauerte es noch bis zum Frühjahr 1951, dem sechsten Jahr der Labourregierung, daß der TUC Kurse zur Ausbildung von Fabrikleitern einrichtete — so lange wirkte die Bremse der Tradition.

Man kann sich gewiß vorstellen, wie schwierig es war, mit alten Bedenken gegen die Rationalisierung und Steigerung der Produktivität als der Leistung pro Mann und Arbeitsstunde fertig zu werden; auch hier war trotz sechsjähriger Vollbeschäftigung noch die alte Besorgnis zu überwinden, daß Rationalisierung Arbeitslosigkeit schafft. Die neue Erkenntnis, daß ohne Rationalisierung überhaupt keine Steigerung des Lebensstandards möglich ist, mußte sich erst allmählich durchsetzen.

Heute ist einer der Wortführer des neuen Arbeitsdenkens und der Beteiligung gewerkschaftlich geschulter Arbeiter an der Betriebsleitung der Generalsekretär des TUC, *Sir Vincent Tewson*, der kürzlich nach einem geschichtlichen Rückblick in einem Vortrage über „die Rolle der Gewerkschaften in der Betriebsführung“ in einem der neuen Institute zur Schulung und Forschung auf dem Gebiet der Betriebsführung die neuen Aufgaben für die Gewerkschaften geschildert hat, die „die altmodischen Auffassungen von den Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern ablösen müssen“! Gerade weil der TUC nun an die Zusammenarbeit „beider Seiten der Industrie“ appelliert, wacht er nicht weniger scharf auf die Sicherung der Rechte und des sozialen Standards, die die englische Arbeiterschaft in den Jahren der Labourregierung erworben hat.

Sir Vincent Tewson steht bekanntlich auf dem rechten Flügel der Labour Party und ist einer der schärfsten Kritiker des „Rebellen“ *Aneurin Bevan*, vor allem, seitdem dieser vor einem Jahr aus Protest gegen das Rüstungsprogramm aus dem Kabinett ausschied. Umso interessanter ist nun, daß Bevan in seinem

Buch „In Place of Fear“ (An Stelle der Furcht) — womit er meint, daß eine konstruktive Politik internationaler Verständigung die panikerregende Politik der Furcht und Einschüchterung ablösen soll — aus den Erfahrungen mit den nationalisierten Industrien zur gleichen Forderung kommt: die Einbeziehung der Arbeiterschaft in die Betriebsführung. In dem Kapitel, das den Leistungen der Arbeiterregierung gewidmet ist, beschäftigt er sich auch mit der Entwicklung, die die Gewerkschaften in England genommen haben, und mit der Praxis der Korporationen; das sind jene Körperschaften, in denen die nationalisierte Industrie organisiert ist, wie z. B. der National Coal Board. Man hat diese Organisationen ja bewußt mit großer Selbständigkeit ausgestattet, um die Bürokratie vom Staat gelenkter Industrien zu vermeiden. Sie sind lediglich der finanziellen Kontrolle durch das federführende Ministerium unterworfen und damit dem Parlament verantwortlich. Natürlich müssen sie sich auch den allgemeinen Richtlinien der Wirtschaftspolitik anpassen. In ihrer Struktur, so meint Bevan, werden sie zu mammutartigen Riesentrüsten der „Herrschaft der Manager“ — und auch aus diesem Grunde fordert er das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und ihren entscheidenden Anteil an der Leitung in den verschiedenen Abteilungen des Produktionsprozesses.

Bevan will den nationalisierten Betrieben noch eine andere Aufgabe zuweisen: Aus ihren Erträgen soll vor allem der Sozialstaat finanziert werden. Bevan erweist sich — und das hat große Überraschung im Labourlager ausgelöst — als ein Gegner der hohen Einkommensteuern. Natürlich nicht, weil er die hohen Einkommen schonen will; er argumentiert einfach realpolitisch. Niemand zahlt gerne Einkommensteuer, und je größer die Steuerbelastung wird, desto mehr werden Wege gefunden, sie irgendwie zu umgehen, so daß schließlich der Lohn- und Gehaltsempfänger der einzige ist, der alle Steuern zahlen muß. Statt dessen sollte die Sozialpolitik aus den Profiten der sozialisierten Betriebe finanziert werden. Natürlich ist sich Bevan bewußt, daß das auch eine Form der indirekten Verbrauchsbesteuerung ist, denn sonst könnten ja die Produkte entsprechend niedriger verkauft werden, aber er meint, daß diese Profite ja auch nur dem entsprechen, was die Profitrate für die Privatunternehmen bedeutet. Bevan argumentiert weiter, daß diese Funktion auch dazu führen werde, den sozialisierten Sektor der Wirtschaft zu erweitern, neben dem er auch dem privatwirtschaftlichen durchaus die Existenzberechtigung zuspricht.

Auch hier befindet sich Bevan keineswegs auf einem Wege, der etwa nach links führt. Wenn er vom Gleichheitsprinzip des Sozialismus spricht, so ist es ihm die Gleichheit der Möglichkeiten individueller Entwicklung, unbehindert durch Besitz- oder Klassenrechte. Aber eine völlige Einkommensgleichheit ist nach seiner Auffassung eine Idee, die nie wirklich im Denken der Arbeiterschaft Wurzel gefaßt hat. Selbstverständlich ist er für einen Abbau der großen Einkommensunterschiede. Es könnten aber durchaus verschiedene Formen des Eigentums in einer Gesellschaft nebeneinander wirken. Wichtig sei nur, daß *eine* Form der Eigentumsverhältnisse dominiert und für die gesamte Wirtschaftsstruktur richtunggebend ist. Das müsse in Zukunft das öffentliche Eigentum sein. So etwa werden das Tewson, Herbert Morrison und der Labourschatzkanzler, der Bevans Zorn in der Budgetdebatte von 1951 am meisten erregt hatte, Hugh Gaitskell, auch sagen. Auch seine Stellung zum Kommunismus ist nicht weniger ablehnend als die der Parteiführung. Erstaunlich bleibt gewiß seine so plötzlich erfolgte Minderbewertung der sowjetischen militärischen Gefahr, gerade auch mit dem Hinweis auf die dem Sowjetkommunismus eigene Katastrophentheorie. Auch in seinem Buch gibt er keinen Aufschluß darüber, warum er, der im

Februar 1951 das erhöhte Rüstungsprogramm im Unterhaus so gut verteidigt hatte, es zwei Monate später, begleitet von seinem Rücktritt aus dem Kabinett, nicht nur für undurchführbar, sondern auch für unnötig hoch erklärte. Nichts von dem, was er sagt, war nicht schon im Februar ebenso bekannt.

Die Meinungsverschiedenheiten, die Bevan in dieser Hinsicht von den Spitzen des TUC und von der Mehrheit des Parteivorstandes trennen, werden aber dank der antisozialen Wirtschaftspolitik der jetzigen Regierung zusehends überwunden. Auch wenn es keinen Rebellen gäbe — diese Politik macht es auch den Gewerkschaften immer schwerer, eine Rüstungspolitik zu unterstützen, die mit Hilfe dieser Wirtschaftspolitik finanziert werden soll. Der Angriff auf den Gesundheitsdienst, die Pläne für die Entnationalisierung des Straßentransportes, dessen ganze Einrichtungen mit einem Verlust von 240 Mill. DM für die Staatskasse privaten Unternehmern ausgeliefert werden sollen, die drohende Re-Privatisierung der Eisen- und Stahlwirtschaft, das alles hat bei den jüngsten Wahlen zu den städtischen und provinziellen Parlamenten schon deutlich einen Stimmungsumschwung zugunsten der Labour Party verursacht,

Das, und nicht etwa eine Bestätigung der Bevanschen Argumente von 1951, ist auch die Ursache, warum in den jüngsten Kongressen von zwei der größten englischen Gewerkschaften, der Vereinigten Gewerkschaft der Maschinenarbeiter (Amalgated Engineering Union) und der Gewerkschaft der Arbeiter der Handelsgewerbe und verwandter Branchen (Union of Shop, Distributive and Allied Workers), das gegenwärtige Rüstungsprogramm angegriffen und in einer Resolution die Einberufung einer Welt-Abrüstungskonferenz verlangt wurde.

Der TUC hat angesichts der Preispolitik, die aus dem Budget *Butlers* hervorgeht, und die in zunehmendem Tempo so deutlich fühlbar zur Senkung des Lebensstandards führt, bereits angekündigt, daß die „Lohnstop-Politik“, die der TUC seit den Tagen der Schatzkanzlerschaft *Stafford Cripps'* befolgt hatte, nicht mehr zu halten ist. Gewiß, von heute auf morgen braucht die Churchill-Regierung nicht zurückzutreten, solange nicht die schmale Unterhausmehrheit durch Verluste in den Nachwahlen geschwächt wird. Aber die Gewerkschaften bereiten sich auf die nächste Etappe einer Labourregierung schon heute vor — und dazu gehört nicht zuletzt, daß die Lehren aus den ersten Jahren des Bestehens nationalisierter Betriebe gezogen und ein praktischer Beitrag zur Ausarbeitung des Programms einer neuen Labourregierung geleistet wird.

ANEURIN BEVAN

Das Problem der Menschheit ist es, einen Weg zu finden, um das Bewußtsein der Welt auf etwas anderes zu konzentrieren als auf die verzweifelte Strömung, die uns jetzt zum Kriege treibt. Die Generäle haben uns das Datum der Verzweiflung gegeben: 1952/53. Sollten nicht wir ein Datum linden — auf das wir sofort hinstreben hätten —, zu dem ein bestimmter Hundertsatz unserer heutigen Rüstungsausgaben der friedlichen Entwicklung zurückgebliebener Gegenden in der Welt gewidmet würde? Das Datum müßte fern genug sein, um Vorbereitungen zu erlauben. Es müßte nahe genug sein, um Hoffnung zu erwecken und Mißbrauch zu vermeiden Und der Anteil der Rüstungsprogramme, der zu friedlichen Zwecken zu verwenden wäre, müßte präzis und von wesentlichem Umfang sein und sich in Mannschaftsziffern und Maschinengrößen ausdrücken lassen.